



Nachrichten aus Brüssel

Schwerpunkte der Präsidentschaft

Hinsichtlich der öffentlichen Gesundheit steht während der belgischen Präsidentschaft in der EU im zweiten Halbjahr 2001 die Integration der Politikbereiche Gesundheit, Umwelt und Lebensmittelsicherheit im Vordergrund. Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung soll der Sicherheit und Qualität der Lebensmittel, der Verwendung von Chemikalien und den Fragen im Zusammenhang mit Infektionskrankheiten und Antibiotikaresistenzen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Gesundheitsminister sollen deshalb das neue EU-Aktionsprogramm für die öffentliche Gesundheit und Empfehlungen über den Gebrauch von Antibiotika in der Humanmedizin verabschieden. Ferner sind für den Gesundheitsministerrat am 15. November 2001 Entscheidungen zur Richtlinie über Qualitätsnormen und die Sicherheit von Blut und Blutprodukten vorgesehen sowie für eine neue Richtlinie zum Verbot von Tabakwerbung.

EU-Gesundheitsprogramm umstritten

Fraglich ist, ob die EU-Gesundheitsminister endgültig das neue EU-Gesundheitsprogramm noch unter belgischer Ratspräsidentschaft verabschieden können, da das Europäische Parlament (EP), das dem Programm zustimmen muß, weitergehende Forderungen erhebt. So sollen statt der vom Rat vorgesehenen Fördermittel in Höhe von € 280 Mio. nach Auffassung des Parlaments für das Programm € 380 Mio. zur Verfügung gestellt werden. Zwar unterstützt das EP die drei Schwerpunkte des Gesundheitsprogramms: umfassende Datensammlung zum Gesundheitszustand; europaweite Maßnahmen zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten; Entwicklung einer Strategie zur Gesundheitsvorsorge und effektiven Bekämpfung von Krank-

heiten. Doch mit der Forderung der Einrichtung eines „Zentrums für die Koordination und Überwachung des Gesundheitswesens“ geht das EP über die Auffassung des Rates hinaus, der ausdrücklich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Gesundheitspolitik anerkennt. Nach Auffassung des EP soll das Zentrum zum einen die Kohärenz der Maßnahmen im Rahmen des Programms gewährleisten, aber auch Gesundheitsdaten erheben, überwachen und bewerten sowie die Tätigkeiten bestehender und künftiger Netze im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens auf Gemeinschaftsebene integrieren.

EU-Gesundheitsforum

Nachdem die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung über eine gesundheitspolitische Strategie der EU die Einrichtung eines Europäischen Gesundheitsforums angekündigt hatte, wurde in einer informellen Sitzung der Kommission mit ausgewählten europäischen Organisationen aus dem Gesundheitssektor die Einrichtung des Forums vorbereitet. Bei der Umsetzung der EU-Gesundheitsstrategie sind nach Auffassung der Kommission Offenheit und Transparenz Schlüsselemente, die durch den Einsatz des EU-Gesundheitsforums sichergestellt werden sollen. Das Gesundheitsforum soll in drei Unterforen unterteilt werden:

- ein zweimal jährlich tagendes gesundheitspolitisches Forum mit ausgewählten Teilnehmern;
 - ein offenes Gesundheitsforum, bei Beteiligung aller am öffentlichen Gesundheitswesen interessierten Organisationen, das sich einmal jährlich trifft;
 - ein virtuelles Forum mit einer Darstellung bzw. Überblick über die neuesten gesundheitspolitischen EU-Initiativen und der Möglichkeit des öffentlichen Gedankenaustausches.
- Das Gesundheitspolitische Forum wird voraussichtlich erstmals Ende November 2001 zusammentreffen.

Friedrich von Heusinger,
Vertretung des Bayerischen Freistaates in Brüssel